

Volksstimme

Einzelpreis 12000

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die Redaktion erscheint an jedem Montagabend. Verantwortlich: Redakteur Dr. H. C. P. Magdeburg. - Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau Magdeburg. - Druck und Verlag von W. P. Jannich & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. - Fernsprechnummer: 1111. Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 801. - Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. - Bezugspreis monatlich 140000 M., beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen monatlich 135000 M.

Anzeigen-Grundpreise: Die 10spaltige, 2/3 Millimeter dicke Nonpareilzeile kostet 1,40 M., auswärts 1,80 M.; Familienanzeigen und Stellenangebote 0,80 M., Vereinsanzeigen 1,00 M., die dreispaltige, 10 Millimeter breite Reklamezeile kostet 7,00 M., auswärts 9,00 M. Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Schließzahl des Deutschen Buchdrucker-Vereins, Juli 1923, 32000. Der gewählte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. - Für Druckvorrichtungen keine Gewähr. - Postfachkonto Nr. 127 Magdeburg.

Nr. 190.

Magdeburg, Freitag den 17. August 1923.

34. Jahrgang.

Endlich Erfassung der Sachwerte.

Die Forderungen, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion Ende Juli zur Beseitigung der Finanzzerrüttung und zur Hebung der Währung vorschlug, unterschieden Notmaßnahmen und Maßnahmen, die zur dauernden Gesundung der Reichsfinanzen erforderlich sind. Diese Unterscheidung war notwendig, weil zunächst das dringende Bedürfnis des Reiches nach Erschließung neuer Einnahmequellen zwecks Hemmung der Notenpresse gestellt werden mußte. Erst wenn dieses Ziel durch Steuern und Anleihen erreicht war, konnte die dauernde Sanierung der Reichsfinanzen in Angriff genommen werden.

Die Forderungen der Sozialdemokratie, soweit sie die Papiermarksteuer betreffen, sind durch den Reichstag in wenigen Tagen erfüllt worden. Das Gesetz über die Goldanleihe ist ebenfalls unter Dach und Fach gebracht und die Zeichnungen darauf haben begonnen. Bei dem Drucke, der durch diese Steuern und die Anleihen auf den Geld- und Warenmarkt ausgeübt wird, ist mit Sicherheit zu erwarten, daß ein Teil der bisher festgehaltenen Devisen- und Warenbestände zum Vorhinein kommt. Die rückläufige Bewegung des Dollarkurses in den letzten Tagen zeigt, daß diese Wirkung begonnen hat. Es war ursprünglich beabsichtigt, sie von vornherein durch Zwangsmaßnahmen zu verschärfen. Wenn davon in letzter Stunde vorläufig Abstand genommen wurde, so aus der Erwägung, daß der freiwilligen Zeichnung der Anleihe ein größerer moralischer Erfolg beizumessen ist als der Zwangsweisen. Immerhin ist der Zwang auf verwaltungsmäßigem und gesetzgeberischem Wege damit nicht ausgeschlossen. Im Gegenteil! Es herrscht Uebereinstimmung, daß von ihm Gebrauch gemacht werden muß, falls nicht in kurzer Zeit die erforderlichen Devisenbestände freiwillig eingegangen sind.

Der wichtigste Punkt in den sozialdemokratischen Forderungen war das alte Verlangen nach Erfassung der Sachwerte. Jahrelang hat die Sozialdemokratie damit allein auf weiter Flur gestanden. Weber rechts von ihr, noch links von ihr, bei den Kommunisten, wurde diese Forderung unterstützt. Auf dem Jenaer Parteitag der Kommunisten im August 1921 wurde diese sozialdemokratische Forderung als Volksbetrug glossiert und einige Monate lang auf das allerheftigste bekämpft. Inzwischen hat man auf allen Seiten eingesehen, daß die sozialdemokratische Forderung berechtigt, notwendig und nützlich ist. Außenpolitisch, indem sie das Vertrauen zu dem guten Willen Deutschlands zur Erfüllung tragbarer Reparationslasten stärkt, innenpolitisch, indem sie die großen unangestasteten Vermögenswerte der Wirtschaft endlich zu den Lasten der Allgemeinheit heranzieht, den Kredit des Reiches stärkt und die Möglichkeit zur Ordnung der Reichsfinanzen sowie der Währungsverhältnisse bietet.

Zu den Forderungen, von denen die Sozialdemokratie ihre Beteiligung an der jetzigen Regierungskoalition abhängig gemacht hat, gehörte deshalb in erster Linie die Forderung nach einer durchgreifenden Finanzreform auf der Grundlage der Heranziehung der Wirtschaft mit garantierter Belastung ihrer Vermögenswerte. In den Verhandlungen, die mit den Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft über die sozialdemokratischen Forderungen geführt worden sind, wurde anerkannt, daß man mit der Belastung der Vermögenswerte der Wirtschaft nicht bis zur endgültigen Regelung der Reparationslasten warten konnte, sie vielmehr in kürzester Frist erfolgen mußte. Daß das jetzt bereits öffentlich zum Ausdruck gebracht wird, wurde ebenfalls von allen Seiten als notwendig anerkannt.

Die überhasteten Verhandlungen des Steuer Ausschusses der letzten Woche boten dazu keine Möglichkeit. Auch die ersten Tage dieser Woche, die mit der Regierungsbildung belastet waren, waren dazu wenig angetan. Die alten Mitarbeiter konnten diese Forderungen nicht mehr vertreten, die neuen Minister konnten die Vorarbeiten nicht, die innerhalb der Regierung zum Teil noch unvollendet vorhanden waren. Dazu kamen die in der Materie begründeten tatsächlichen Schwierigkeiten. Wie groß sie sind, zeigt die Tatsache, daß die von der S. P. D. und der U. S. P. D. und dem A. D. G. B. im vergangenen Jahr eingesetzte Kommission trotz monatelanger Beratungen keinen Gesetzentwurf ausgearbeitet hatte, sondern nur Richtlinien. Der neuerdings von den Kommunisten in Form eines Gesetzes vorgelegte Antrag enthält so viele Lücken, daß mindestens Wochen zu seiner Beratung erforderlich sind.

Angeichts dieser Schwierigkeiten empfiehlt es sich, Gesetzentwürfe der Regierung zur Grundlage der Verhandlungen zu machen. Nur mit ihrer Hilfe ist eine der Bedeutung dieser Aufgabe

entsprechende gründliche Lösung des Problems zu erzielen. Nicht minder wichtig aber war, die Wandlung in den Auffassungen der bürgerlichen Parteien öffentlich festzulegen und zugleich zu zeigen, daß die neue Regierungskoalition die Durchführung dieses sozialdemokratischen Programmpunktes als erste Aufgabe betrachtet. Das ist gelungen. In den Verhandlungen des Reichstags vom Mittwoch gelangte folgender Antrag zur Annahme:

Die Reichsregierung wird ersucht, alsbald Gesetzentwürfe vorzulegen, welche durch Belastung der Vermögenswerte der Wirtschaft und durch den Übergang zu einer wertbeständigen Währung eine Sanierung der Reichsfinanzen und eine Stärkung des Reichskredits in die Wege leiten.

Dieser Antrag fand die Zustimmung des gesamten Hauses mit Ausnahme der Deutschnationalen. Auch die Kommunisten stimmten ihm ohne Debatte zu. Helfferich bekämpfte diesen Antrag auf das heftigste. Die gewiß nicht über jeden Zweifel hinaus deutliche Formulierung des Antrags bezeichnete er als die größte Gefahr; denn er sei der erste Schritt zur Verwirklichung der sozialdemokratischen Forderung nach Erfassung der Sachwerte. Infolge der politischen Veränderung, die sich in den letzten Tagen vollzogen habe, seien seine Freunde sehr bedenklich.

Noch deutlicher hatte sich Helfferich im Steuerauschuß geäußert. Dort erklärte er offen, daß seine Freunde und die hinter ihnen stehenden Berufskreise ihn beauftragt hätten, im Reichstag Vorschläge über ihre freiwillige Anteilnahme zur Sanierung der Währung zu machen. Angesichts der Zusammensetzung der neuen Regierung halte er sich nicht mehr für berechtigt, diese Vorschläge zur Kenntnis zu bringen. Seine Partei müsse sich vorbehalten, zu prüfen, ob für sie eine Grundlage zur Mitarbeit gegeben sei. Im Kabinett Cuno bestimmte er den Kurs. Das Kabinett Stresemann bedeutet keine politische Ausschaltung.

Auch wir möchten ausdrücklich betonen, daß die Annahme des vorstehenden Antrags nur der erste Schritt ist. Unter dem Einfluß der Empörung des Volkes über die Finanzzerrüttung und den Währungsverfall sind die bürgerlichen Parteien zur Abkehr von ihrer bisherigen Haltung in dieser Frage gedrängt worden. Ob das über den Augenblick hinausreicht und ob die Zustimmung zur Erfassung der Sachwerte nicht wieder rückgängig zu machen versucht wird, ist eine Frage, die endgültig beantwortet wird von dem dauernden Einfluß, den die Sozialdemokratie und die beklagten Kreise des deutschen Volkes auf die gegenwärtige Regierung ausüben. Ihn zu stärken, ist deshalb die dringendste Forderung.

Gollmann über die innere Politik.

Die Besprechung des kommunistischen Antrags auf Aufhebung der Ausnahmeverordnung vom 10. August 1923 gab dem neuen Reichsminister des Innern, Genossen Gollmann, Gelegenheit, sich über seine Absichten zu verbreiten. Wir geben aus seiner Rede folgendes wieder:

Es kann keine Rede davon sein, daß die Verordnung, die noch die vorige Reichsregierung erließ, aber von der jetzigen Regierung mit Gedecktheit (lebhaftes Groll, hört! bei den Kommunisten), sich allein gegen die Arbeiterklasse richtet. Sie richtet sich auch nicht gegen das freie Wort, denn sie spricht ausdrücklich von der gewalttätigen Verletzung und Verletzung der Reichsverfassung. (Abg. Höllein: Ach, wie schön der von Stinnes gelernt hat! - Stürmische Anhaltende Heiterkeit.) In welcher Art Sie das Recht des freien Wortes für sich in Anspruch nehmen, dafür einige wenige Zitate aus Ihrer politischen Presse.

Ich verkenne nicht, daß die das Land durchzudende Erregung tiefe Ursachen hat, die nicht durch Ausnahmeverordnungen sich beseitigen lassen. Ich habe auch durchaus Verständnis für die derbe kräftige Sprache der Willensäußerungen der Massen. (Zurufe rechts und links.) Ach, Herr Kollege, meine erste Amtshandlung war, eine Zeitung nicht zu verbieten. (Große Heiterkeit.) In der kommunistischen Presse, insbesondere in der „Roten Fahne“, ist die neue Regierung, nachdem sie kaum in ein dornenvolles Leben getreten war, wie folgt begrüßt worden:

Dieser neuen Regierung kapitalistischer Hungerpolitik muß mit härtestem Kampfe durch volle Durchführung des Generalstreiks entgegengetreten werden; alle Arbeiterorganisationen werden aufgerufen, sofort eine gemeinsame Aktion zur Bildung einer Arbeiterregierung einzuleiten.

In einer weiteren Nummer der „Roten Fahne“ wird gesagt, daß die Arbeiter- und Bauernregierung nur durch die Bewaffnung des Proletariats gebildet werden kann. Daneben sind in der „Roten Fahne“ andauernd

technische Einzelheiten des Bürgerkriegs erörtert worden. In der Magdeburger „Tribüne“ vom 11. August wird verlangt, daß der Streik der Landarbeiter in einen politischen Machtfaktor verwandelt werden soll, der den staatlichen Machtapparat unmittelbar gefährdet.

In fast noch schlimmerer Tonart kommt Geschmacklosigkeit und Rohheit in der Presse der äußersten Rechten zum Ausdruck. Im „Deutschen Tageblatt“ heißt es, daß die Weimarer Verfassung von Leuten geschaffen worden ist, die die Absicht hatten, den sozialistischen Zuchthausstaat einzurichten. In diesen Organen befindet sich die Behauptung, daß die deutsche Republik durch Meinel und Hochberrath zustande gekommen ist, wir finden in steter Wiederholung immer mit Bezug auf Reichsregierung und Verfassung die Ausbrüche „internationales Judentum“, „K.äter und Schurken“, „Marxisten und Judentum“ — ich will Sie mit weiteren Zitaten nicht ermüden. Diese Verurteilungen der beiden alleräußersten Gegenpole habe ich vorgetragen, um Ihnen zu zeigen, daß in der Tat die erklärliche Beunruhigung im Volk in einer Weise ausgenutzt wird von den

geschwornen Gegnern der Verfassung, daß dagegen eingeschritten werden muß, allerdings mit Klugheit und Vorsicht. Es wird unter keinen Umständen, soweit ich die Verantwortung habe, gegen irgendwie berechnete Meinungsäußerungen eingeschritten werden; in Zeiten der Erregung wie heute müssen die Ventile, die der Volksstimmung Ausdruck geben, frei geöffnet sein.

Niemand, der mit offenen Augen in das Volksleben hineinschaut, wird bezweifeln können, daß eine furchtbare Notlage zumal in den Industriezentren und in den Städten auf breiten Schichten lastet. Aber jedermann, er mag eine Parteimeinung haben wie er will, muß so vernünftig sein, sich zu sagen, daß

durch Raubzüge nichts gebessert, wohl aber unendlicher Schaden angerichtet werden kann. Darum wende ich mich mit der dringenden Bitte an alle Parteien, auch an die Kommunisten, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß solche Ausschreitungen unter allen Umständen unterbleiben. Diese Raubzüge sind ein schwerer Schlag gegen die deutsche Arbeiterklasse, diese und nicht die heftigsten Schichten wird darunter zu leiden haben. Das Reichskabinett hat den einmütigen Willen, alles zu tun, um die Ernährungslage zu bessern, aber es bittet gleichzeitig dringend, auch Ihren vollen Einfluß geltend zu machen, daß diesem Willen nicht derart entgegen gearbeitet wird. Ich würde mich freuen, wenn gerade einer aus den Reihen der Kommunisten mich in diesem Sinne unterstützen würde. Sonst bleibt nichts übrig, als daß in noch größerem Maß als jetzt die Staatsgewalt eingreifen muß.

Ich füge ausdrücklich hinzu, daß selbstverständlich auch die Produzenten alles unterlassen müssen, um die Massen

durch wuchernde Preise aufzureizen. Auf einem kommunistischen Plakat stand: Rettet Deutschland! Diese Losung nehmen wir durchaus auf, es gilt in der Tat, Deutschland zu retten. Deutschland kann aber nicht gerettet werden durch Anarchie, durch den Kampf aller gegen alle, nicht, wenn Teile des Volkes ungezügliche Gewalttaten begehen. Wenn wir Deutschland retten wollen, muß die Verfassung geschützt bleiben, muß verfassungsmäßige Ordnung herrschen und das Land vor Gewalttaten geschützt werden. (Lebhafter Beifall.)

Der Kommunist L. H. o. m. a. s. erklärte in seinem Schlusswort, auch die Kommunisten wollten von den Raubzügen auf das Land nichts wissen.

Gemäß dem sozialdemokratischen Vorschlag wurde der kommunistische Antrag dem Rechtsausschuß überwiesen.

Reichstag und Sachwertenerfassung.

In der Mittwochssitzung des Reichstags wurden eine Reihe kleinerer Vorlagen erledigt, vor allem die Erhöhung der Bezüge aus der Unfallversicherung. Längere Diskussionen ergaben sich nur bei der Beratung des Ermächtigungsgesetzes zur Sicherung der Goldanleihe und des kommunistischen Antrags auf Aufhebung der Ausnahmeverordnung vom 10. August.

Da im Steuerauschuß des Reichstags eine Verständigung über die Fassung des Ermächtigungsgesetzes noch nicht zustande gekommen war, beantragte Genosse Herz, den Entwurf zurückzustellen und dafür eine Resolution anzunehmen, die die Regierung aufforderte, Gesetzentwürfe vorzulegen, die eine Hebung des Kredits des Reiches und der deutschen Währung durch Belastung der Sachwerte herbeiführen können. Diese Resolution wurde von den Koalitionsparteien gemeinsam eingebracht. Die Deutschnationalen benutzten diese Gelegenheit, um ihre oppositionelle Stellung gegenüber der Steuerpolitik der Koalition zum Ausdruck zu bringen. Helfferich, den es nervös macht, daß ohne ihn Steuerpolitik getrieben wird, wollte in diese Resolution einen Zusatz einfügen, der diese Entwürfe auf die freiwillige Mitwirkung der Berufsstände abstellen wollte. Die Ausführungen von Helfferich veranlaßten den Finanzminister, Genossen Hilferding, zu der Erklärung, daß die Regierung die Vorarbeiten für die Belastung der Sachwerte nicht treffen würde, ohne in enger Fühlung mit den wirtschaftlichen Berufsständen zu bleiben und sie zu den Beratungen heranzuziehen. Der Zusatzantrag wurde trotz Helfferich abgelehnt und die Resolution der Koalitionsparteien angenommen.

Die Kommunisten hatten beantragt, die Ausnahmeverordnung vom 10. August aufzuheben, die jene Presse mit

Der Ausschuss tritt dann in die Beratung der Neuregelung der Abzüge bei der Lohnsteuer ein.

Hoener (Ztr.) schlägt als Abzüge vor: Für jeden Steuerpflichtigen und Ehefrau 120 000 Mark, für jedes Kind 1 200 000 Mark, für Werbungskosten 1 200 000 Mark.

Die Regierung läßt erklären, daß sie die Unterlagen von Hoener noch nicht anerkennen könne. Wollte man für Werbungskosten die Beträge berücksichtigen, so würde man gewaltig übertreiben.

Altmann (Soz.): Auch diese Angelegenheit läßt sich nicht in Absicht des Ministers erledigen. Die Wirkung erstreckt sich nicht nur auf die Lohnsteuer, sondern auch auf die Steuer auf die Betriebe. Ein abschließendes Urteil über die Gestaltung der Löhne läßt sich heute noch nicht gewinnen. Am 23. oder 24. d. M. kann die Frage entschieden werden. Daß eine wesentliche Erhöhung der Freigrenze kommen muß, ist klar. Ich bitte, die Frage bis nach der Bekanntgabe des Reichsindezes zu verschieben.

Scholz (D. Sp.): Die Initiative dabei muß der Reichsregierung verbleiben. Wir brauchen auch noch die Zustimmung des Reichsrats und ich glaube nicht, daß er dem Vorschlag von Hoener zustimmen wird. Hoener (Ztr.): Die Mantelkommission für die Regierung ist zu weitgehend, wenn sie sich auch auf die Lohnsummensteuer erstreckt. Hoener (Komm.): Die Tatsachen rechtfertigen eine außerordentliche Maßnahme. Man muß deshalb dem Vorschlag Hoeners zustimmen. Helfferich (Dt.-natl.) schlägt vor, den Lohnsteuerfuß generell auf 6 1/2 Prozent festzusetzen.

Reil (Soz.): Eine Untergrenze von 6 1/2 Prozent würde ich für zu hoch halten. Man muß am Beginn der Monatsperiode mit niedrigeren Sätzen anfangen. Ich schlage vor, daß man heute die Vorschläge von Hoener zum Beschluß erhebt mit dem Vorbehalt einer Korrektur.

Helfferich (Dt.-natl.): Man muß von diesem System des Lohnabzugs endlich abkommen und festlegen, daß der Lohnabzug einen bestimmten Prozentsatz betrage. (Zwischenruf Reil: Dann kann man keine sozialen Unterschiede mehr machen.) Auch die jetzigen Abzüge sind schematisch. Der soziale Effekt, der jetzt erreicht wird, steht in schreiendem Widerspruch zu dem Aufwand, der gemacht wird. Die Regierung erklärt sich für die Einsetzung eines Unterausschusses.

Reinath (Dem.) äußert rechtliche Bedenken. Scholz (D. Sp.) verwahrt sich dagegen, heute einen materiellen Beschluß zu fassen. Hoener (Ztr.) besteht auf der materiellen Entscheidung. Reinath (Dem.) legt ebenfalls Verwahrung dagegen ein. Fischer (Dem.) bittet zu erwägen, ob man abstimmen solle, wenn die Unterlagen drei Fraktionen genügt erscheinen.

Hery (Soz.): Wir sind gegen den Antrag Hoener, weil die Sätze angesichts der vorhandenen Lohnentwicklung noch viel zu niedrig sind, wie unsere Berechnungen eben ergeben haben. Wir müssen ausdrücklich unser Motiv feststellen, weil unsere letzte Abstimmung in dieser Frage von der Herrn Hoener nacheinander Presse agitatorisch mißgedeutet worden ist.

Ein Beschluß über den Antrag Hoener wird nicht gefaßt. Der Steuerausschuss wird zur Regelung dieser Frage am Freitag nächster Woche zusammentreten. Der Ausschuss verlegt sich bis 1 Uhr, um dann in Gegenwart der Minister das Ermächtigungsgesetz zu beraten.

Der „steuerliche Wahnsinn“.

Die neuen Papiersteuergesetze sind kaum vom Reichstag beschlossen, da beginnt schon die öffentliche Anreizung zur Sabotage durch das Kapital. Die „Berliner Börsenzeitung“ vom Sonntag, die auf einer Seite den ehemaligen Reichsfinanzminister Wirth einen Bankrottierer nennt und auf das heftigste gegen die Inflationspolitik des Hermes polemisiert, schildert auf einer anderen Seite die angebliche Stimmung der Bankwelt über die neuen Steuergesetze. Unter den Bankiers herrscht allgemeine Entrüstung über die „Gals über Kopf beschlossenen neuen Steuern“. Der Artikel fährt wörtlich fort:

Leider kann nicht geleugnet werden, daß die ganze Steuergesetzgebung auf Klassenhaß aufgebaut ist. Der Zielpunkt des ganzen Gesetzes ist ersichtlich die gänzliche Vernichtung des Kapitals. Der große und der kleine Besitz werden das verhängnisvolle Opfer einer einseitig eingestellten Steuermaschine werden, und alle die traurigen Folgen einer gänzlichen Verarmung ganzer Bevölkerungskreise werden sich in Kürze einstellen und das „Deutsche Reich“ in das „Deutsche Arm“ verwandeln. Angesichts der Annahme der von Cäsarenwahnsinn diktierten neuen Steuergesetze muß man sich fragen, ob denn nirgends unter der Vertretung des Volkes der Denker sich gefunden hat, der an Hand des Einmaleins zu berechnen imstande war, daß die Erhebung der verlangten Steuern einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist? War niemand unter den Vertretern des erwerbenden Bürgertums bereit, den Mund zur Abwehr einer derartigen verhängnisvollen Maßnahme zu öffnen, oder schenkte man so sehr die allzeit bereitete Rabaulust der äußerlichen Einken, um auch nur den Versuch zu wagen, sich in nicht zurückweichendem Sinne zu äußern?

Der deutschnationale Schläger des immobilien- und mobilien Kapitals, der Helfferich, wird sich sehr freuen, zu hören, daß er Steuergesetze zugestimmt hat, die auf den „Klassenhaß“ aufgebaut und zur „Vernichtung des Kapitals“ bestimmt sind. Auch über den „Cäsarenwahnsinn“ wird dieser Monarchist Genugtuung empfinden.

Und worin besteht dieser Wahnsinn? Das Börsenblatt führt selbst ein Beispiel an. Es bezieht sich darauf, daß in der Zeit, in der die von seinen Lesern und Abonnenten gehämerten Dollars je 3 1/2 Millionen und mehr kosten, ein „kleiner Geschäftsmann“, der im letzten Jahre 5800 Goldmark verdient hat, jetzt auf einmal ganze 167 Goldmark Steuern im voraus zahlen soll. Der arme Geschäftsmann hat ja im letzten Jahre „nur“ 2 1/2 Milliarden (Papier-) Mark verdient und soll jetzt die Summe von 148,8 Millionen Mark zahlen. Das empfindet ein kapitalistisches Blatt volksparteilichen Gepräges als Wahnsinn! Nach unserer Auffassung zählt der „kleine Geschäftsmann“ noch nicht genug.

Aber der steuerliche Wahnsinn geht noch weiter. Die „Börsenzeitung“ malt die Folgen aus. Sie sind entsetzlich:

Eine ungeheure Flut der Wörze wäre die unmittelbare Folge, rapider Sturz aller Papiere, noch größere Geldknappheit als bisher, Niedergang der gesamten Industrie, kurz, ein vollständiger Zusammenbruch Deutschlands, nicht aus augenpolitischen Gründen, sondern von innen heraus dürften sich als letzte Folgen des steuerlichen Wahnsinns ergeben. Die Schließung unzähliger Betriebe eine allgemeine Arbeitslosigkeit sind in unmittelbarer Nähe gerückt.

Ein blutiger Feind könnte nicht ruhelosser handeln als der Reichsfinanzminister; es fehlen nur die Fesseln, die den Bürgern an die Haustüren gehängt und im gegebenen Moment angezündet werden!

Man versteht daher die Jubelhymnen des „Vorwärts“ über die endlich ergriffenen einschneidenden Maßnahmen! Er kann allerdings zufrieden sein. Die gänzliche Vernichtung des deutschen Kapitals ist auf friedlichem Weg, auf dem einer Reichstagsabstimmung durchgesetzt. Du hast's erreicht, Octavio!

Man beachte wohl: Die Sozialdemokratie ist Schuldig von Helfferich, der ausdrücklich das Verdienst an diesen Steuergesetzen für die Deutschnationalen

in Anspruch nahm, keine Spur! Nur die Sozialdemokraten sind diejenigen, die das Kapital vernichten!

Wir müssen in aller Bescheidenheit erst abwarten, ob die Steuergesetze den erstrebten Erfolg zeitigen werden. Aber da wir voraussehen, daß die „Bankierkreise“, die einflußreichsten Kapitalbesitzer, versuchen werden, auch diese Steuergesetze zu durchlöchern, wie bisher alle andern, so wird es allerdings eine Ehrenpflicht der Sozialdemokratie sein, dafür zu sorgen, daß die Herrschaften nicht mehr durch die Maschen schlüpfen können. Sie mögen über die Sozialdemokratie schimpfen, wenn sie nur ihre Aufmerksamkeit fürchten und vor allem dem Reiche geben, was des Reiches ist.

Dollar letzter Kurs 2857000 Mt. in New York

Meldungen von der Ruhr.

Die Streiklage.

In Mülheim sind die Belegschaften der Bechen mit Ausnahme der Beche Hagendorf wieder eingefahren. Sie üben jedoch passive Resistenz. Auf den Hütten-Werken wird voll gearbeitet. Auch in Oberhausen sind die Belegschaften überall eingefahren.

In Herne fanden nach den Plünderungen des Dienstag am Mittwoch morgen erneut Ansammlungen auf den Straßen statt, ohne daß es aber zu Zwischenfällen gekommen ist. Von der Polizei, die von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern unterstützt wurde, sind im Laufe des Dienstag etwa 50 an den Plünderungen beteiligte Personen festgenommen worden.

In Buer und Gladbeck ist das für Lohnzahlungen erforderliche Geld flüssig gemacht worden; die Folge ist, daß überall gearbeitet wird.

68 Jahre Gefängnis.

Der Vorstand der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik in Ludwigshafen hatte sich in Uebereinstimmung mit den von der Reichsregierung erteilten Vorschriften geweigert, die Franzosen beim Wtransport des im Oppauer Werke lagernden Stickstoffdüngers zu unterstützen. Aus diesem Anlaß ist gegen sämtliche Mitglieder des Vorstandes ein kriegsgerichtliches Verfahren eröffnet worden. Das Kriegsgericht in Landau hat jetzt folgende geradezu irrsinnigen Verurteilungen ausgesprochen: Direktor Dr. Paul Julius zu zehn Jahren, Direktor Doktor v. Amierem zu zehn Jahren, Professor Dr. C. Bösch zu acht Jahren, Justizrat Dr. Michel zu acht Jahren, Direktor Ludwig Schuon zu acht Jahren, Direktor Julius Rueb zu acht Jahren, Direktor Hermann Schmitz zu acht Jahren und Professor Dr. Warmbold zu acht Jahren Gefängnis. Sämtliche Angeklagten wurden außerdem zu einer Geldstrafe von je 150 Millionen Mark verurteilt.

Unterbindung des Rotendrucks.

Den Franzosen ist es gelungen, auch die Trejors der Elzener Reichsbank nach zündigen erfolglosen Versuchen zu öffnen. Die Franzosen gehen dazu über, den Druck von Geldscheinen gewaltsam zu unterbinden. In Dortmund wurden zwei Druckereien besetzt, die Reichs- und Notgeld herstellten.

Französische Arbeiter in Gelsenkirchen.

Auf der Beche Rhein-Elbe in Gelsenkirchen sind zweihundert französische Arbeiter eingetroffen, um die Kofereien für die Franzosen in Betrieb zu nehmen.

Kontribution mit Haftandrohung.

Nach einer Mitteilung des Regierungspräsidenten zu Münster hat die Besatzung der Stadt Vortrop die Zahlung eines Betrags von 20 000 Frank innerhalb 14 Tagen als Buße für einen Zwischenfall auferlegt. Sie hat damit gedroht, bei Nichtzahlung dieser Kontribution die letzten drei noch im Amte befindlichen Beigeordneten der Stadtverwaltung auf die Dauer von 3 Monaten ins Gefängnis zu setzen.

Ein Opfer von Denunzianten.

Der in Karlsruhe ansässige Kunstmaler Ludwig Hoffaß wurde bei einem Spaziergang im Rheinseingebiet von den Franzosen verhaftet. Denunzianten hatten den Franzosen mitgeteilt, Hoffaß sei Nationalsozialist und versuche Sabotageakte auszuüben. Diese Anschuldigung führte zu seiner Festnahme und seiner Heberführung nach Wörth, wo er in einer Einzelzelle untergebracht wurde. Als er nun am Sonnabend vormittag, nachdem die Anschuldigung einwandfrei als falsch erwiesen war, freigelassen werden sollte, fand man Hoffaß in seiner Zelle erhängt vor. An der Wand fand man Abschiedsgedichte an seine Angehörigen.

Die Arbeitslage in der Metallindustrie.

In der Woche vom 22. bis 28. Juli 1923 gestaltete sie sich nach den Erhebungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes wie folgt:

Von den berichtenden Verwaltungen wurden 20 929 Betriebe und 1 675 493 Arbeiter erfaßt. Von den erfassten Arbeitern waren 1 459 401 = 87 v. H. (in der Vorwoche 85,5 v. H.) Vollarbeiter, 161 793 = 9,6 v. H. (10,8 v. H.) Kurzarbeiter und 57 299 = 3,4 v. H. (3,7 v. H.) Arbeitslose.

Die Dauer der Kurzarbeit verteilt sich auf die davon betroffenen Arbeiter wie folgt: bis 8 Stunden 23,2 (19,2) v. H., von 9 bis 16 Stunden 26,4 (23,9) v. H., von 17 bis 24 Stunden 26,4 (28,7) v. H., bis 25 und mehr Stunden 24,0 (26,2) v. H.

Den größten Anteil an Kurzarbeitern in der Berichtswache haben die Bezirke Bielefeld mit 99,5 v. H., Königsberg mit 98,4 v. H., Hannover mit 98,3 v. H., während sich der höchste Anteil der Kurzarbeiter auf die Bezirke Köln mit 43,8 v. H., Hagen mit 17,9 v. H. und Essen mit 13,8 v. H. verteilt. Die Zahl der Arbeitslosen ist am höchsten in den Bezirken Hagen mit 10,8 v. H., Essen und Köln mit je 6,8 v. H.

Die Arbeitslage in der Berichtswache hat sich gebessert. Auch in den Bezirken, die unter der Besetzung zu leiden haben, macht sich eine kleine Besserung des Arbeitsmarktes bemerkbar, vor allem im altsabotierten Gebiet. Bei Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit kann festgestellt werden, daß nicht wie früher bestimmente Industrien dabei in Betracht kommen. Da die Hauptursache Materialmangel ist, wird bald dieser, bald jener Betrieb davon betroffen. Außerdem wird von einer Verwaltung berichtet, daß besonders das Schlaggerwerbe durch die Devisenverordnung in Mitleidenschaft gezogen ist.

„Hört nicht auf falsche Freunde“.

Die Bergarbeiterverbände des Ruhrgebiets haben am Mittwoch folgenden Aufruf an ihre Mitglieder gerichtet: „Nehet 7 Monate führt das deutsche Volk den schwersten Kampf um seine Freiheit und Existenz. Die durch die Besetzung des Ruhrreviers und infolge einer falschen Finanz- und Wirtschaftspolitik hervorgerufene schwerere Ernährungsfrage wird von den Kommunisten, Syndikalisten und Anarchisten dazu benutzt, die Arbeiterschaft in den Generalstreik zu treiben, um auf diese Weise den Bürgerkrieg zu entfesseln.“

Die vorhandene Notlage würde dadurch nur zusehends verschärft werden. Die deutsche Republik würde auseinanderfallen und die deutsche Arbeiterschaft unter fremder Herrschaft Fronde leisten.

Die in den letzten Tagen vom Reichstag verabschiedeten Steuergesetze und deren rücksichtslose Durchführung, welche die Besitzenden in erster Linie zur Tragung der Lasten herangezogen werden, sind geeignet, der rapiden Geldentwertung Einhalt zu gebieten und eine Besserung der Ernährungsfrage herbeizuführen. Den Bemühungen der Gewerkschaften ist es gelungen, die Wertbeständigkeit des Lohnes einigermaßen zu sichern. Die allgemeine Lohnzahlung ist in fast allen Bergrevieren durch Wertbestimmungen der Gewerkschaften gegenüber der Besatzungsmacht zu gewährleisten. Zur Beschaffung genügender Zahlungsmittel werden alle Anstrengungen gemacht. Alle diese Maßnahmen können aber nur dann Erfolg haben, wenn die Arbeiter nicht zu unbefonnenen Schritten hinreißt, wenn sie den unburchführbaren Parolen der Kommunisten keine Gefolgschaft leisten.

Es gilt, alle Kräfte zusammenzufassen, um die dem deutschen Volke, vor allem der deutschen Arbeiterschaft, drohenden Gefahren abzuwenden. Generalstreik und passive Resistenz gegenüber den eigenen Werten vergrößern die Notlage der Arbeiterschaft, machen eine Besserung der Verhältnisse unmöglich, brechen den Abwehrkampf gegenüber dem fremden Militarismus und gefährden die deutsche Republik.

Kameraden, hört nicht auf die falschen Freunde. Der Weg führt ins Verderben. Folgt nur den Leitungen eurer Organisationen. Nur dann wird es gelingen, die schwierigen Verhältnisse zu unterbinden und Freiheit und Republik zu sichern.

Notizen.

Schnelle Arbeit. Im Reichsfinanzministerium fand am Mittwoch unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding eine Besprechung der Landesfinanzamtspräsidenten und der Präsidenten der Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern über die Durchführung der neuen Steuergesetze statt. Der Minister wies in seiner Ansprache auf den Ernst der Lage hin, die rasche, entschlossene Handeln erfordere. In der Aussprache wurden die einzelnen Steuerbestimmungen nach ihrer steuertechnischen Seite hin eingehend erörtert und Richtlinien für die gleichmäßige Durchführung festgestellt. Bei sämtlichen Vertretern der Finanzverwaltung kam der Gedanke zum Ausdruck, daß es trotz aller Schwierigkeiten gelingen müsse, die demnachst fällig werdenden Steuerbeträge noch in diesem Monat in die Finanzkassen zu leiten.

Die Breslauer Partei und die Regierung. Die Breslauer Parteifunktionäre nahmen eine Entschlieung an, in der die Bedenken gegen die große Koalition noch einmal ausgesprochen, die Gründe für die Haltung der Fraktion aber gewürdigt werden. Von der Fraktion wird rascheste Durchsetzung ihrer Forderungen in der neuen Regierung erwartet, da nur unter dieser Bedingung ein Verbleiben in der Koalitionsregierung möglich wäre. Die Wiederernennung des Reichswehrministers Gessler wird als besonders schwere Belastung der Koalition bezeichnet, und die Breslauer Parteiorganisation erklärt, daß sie sich nicht davon abhalten lassen kann, die Unwahrscheinlichkeit der Gessler'schen Reichswehrpolitik auch weiterhin zu brandmarken und zu bekämpfen.

Helfferich besucht Wilhelm. Wie dem „Amsterdamer Telegraaf“ gemeldet wird, fand ein Besuch Helfferichs bei Wilhelm 2. in Doorn auf Ersuchen des Kronprinzen statt. Dieser wünschte Helfferichs Vermittlung bei einer Geldregelung zwischen ihm und seinem Vater. Der ehemalige Kronprinz wünschte die Auszahlung einer größeren Summe, um sich ein Landgut bei Rijmweggen kaufen zu können. Die Verhandlungen hatten aber kein Ergebnis, da Wilhelm den Wunsch seines Sohnes ausschlug. Wilhelm Vater hat eben einen neuen Hausstand gegründet. Das kostet Geld.

Von Patentreuzlern totgeschlagen. Bei einem vom Bande „Wahnen und Reich“ in Kulmbach veranstalteten „neuböhmischen“ Tag kam es zu einem blutigen Zwischenfall. Der Führer eines nationalsozialistischen Sturmtrupps soll durch einen Kommunisten durch Messerstiche schwer verletzt worden sein. Die Anhänger des verletzten Sturmtruppführers stützten sich darauf auf den Kommunisten, der von den Nationalisten durch Stockschläge totgeschlagen wurde.

Polen und die Deutschen. Die Fraktionen der Regierungsparteien und die baltische Volkspartei haben im Reichstag eine Interpellation eingebracht, in der die Reichsregierung gefragt wird, was sie zu tun gedenke, damit den deutschen Volksgenossen in Polen die ihnen vertragsmäßig zustehenden Rechte gewährleistet werden. Begründet wurde die Anfrage durch die ständigen Ausweisungen und Unterdrückungen der Deutschen, die damit gefügt haben, daß bereits 600 000 Deutsche ihre Heimat im jetzigen Polen verließen. Fast sämtliche deutschen Angestellten und Arbeiter sind unter den wichtigsten Vorwänden entlassen, die deutschen Pächter enteignet worden. Das geschah ohne Rücksicht auf die seit Jahresfrist in Dresden laufenden und von polnischer Seite immer wieder verschleppten Verhandlungen.

De Valera gefangen. Aus London kommt die Nachricht, daß der vormalige Präsident des irischen Freistaates und jetzige Führer der überhöflichen Republikaner, Conmon de Valera, gefangengenommen wurde. De Valera, der seit dem blutigen Dubliner Osteraufstand von 1916 der anerkannte Führer der Sinnfeiner ist, hat die Regelung der irischen Frage, die einen Freistaat mit dem Status eines Dominions schuf, verworfen und mit seinen Anhängern einen erbitterten Kampf mit dem Endziel der völligen Unabhängigkeit der „Irishen Republik“ geführt. Mehrere seiner Anhänger wurden als „Rebellen“ hingerichtet.

Vier bulgarische Kriegsminister zum Tode verurteilt. Wie die „Grager Tagespost“ mitteilt, sind in Sofia im Prozeß gegen die Minister des Kabinetts Stambuliski vier Minister zum Tode und zwei zu lebenslänglichem Kerker, die übrigen zu 3 bis 5 Monaten Kerker verurteilt worden. Den Ministern wird die Schuld am Eintritt Bulgariens in den Weltkrieg beigegeben.

Kochen im Bratofen.

Die praktische Hausfrau wird, wenn sie ihren Gasbratofen benutzt, nicht nur einen Kuchen oder einen kleinen Braten darin zubereiten, sondern sie wird sich überlegen, wie sie die ohnehin vorhandene Wärme ganz restlos ausnützen kann.

Es ist sehr gut möglich, mehrere Speisen zu gleicher Zeit im Bratofen fertigzustellen, ohne daß man befürchten müßte, eine Speise nimmt den Geschmack der andern an. Wenn wir also im Gasbratofen unsern kleinen Sonntagsbraten zubereiten, können wir praktischerweise gleichzeitig mit dem Braten, ohne gestellten Gasverbrauch, auch das Gemüseljand — wenn es als Nachtschicht vielleicht Aepfel, Milchreis oder sonst eine süße Speise gibt, auch diese mit im Bratofen zubereiten. Bei der gleichmäßigen Wärme der kleinstgestellten Flamme kochen die Speisen ganz langsam und werden dadurch besonders schmackhaft; Anbrennen ist nicht zu befürchten. Vielleicht ist auch noch Platz für einen kleinen Kuchen zum Nachmittagskaffee vorhanden.

Will die Hausfrau in der Hauptsache Kuchen backen und wird mit diesem der Ofen nicht genügend ausgefüllt, so kann auch neben dem Kuchen unbesorgt irgendeine andre Speise mitkochen, wobei der Topf zuzudecken ist. Der Geschmack des Kuchens leidet nicht unter dem Mitkochen einer andern Speise.

Bei einiger Ueberlegung wird die Hausfrau ihren Bratofen immer so auszunützen wissen, daß er ihr bei sparsamstem Gasverbrauch auch ein Kochofen wird.

